

Vizepräsidentin Claudia Roth

- (A) Damit schließe ich die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 18/1094 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich bitte diejenigen, die den nächsten Tagesordnungspunkt nicht mit bestreiten wollen, die Plätze zu wechseln.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 12 auf:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Durchführung der Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (Direktzahlungen-Durchführungsgesetz – DirektZahlDurchfG)**

Drucksachen 18/908, 18/1418

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

Drucksache 18/1493

Hierzu liegen drei Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie je ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

- (B) Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 25 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und gebe das Wort an Marlene Mortler für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Marlene Mortler (CDU/CSU):
Grüß Gott, Frau Präsidentin!

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Grüß Gott, Frau Mortler!

Marlene Mortler (CDU/CSU):
Sie haben mich ganz schön überrascht; denn ich dachte, ich bin wieder die letzte Rednerin. Jetzt bin ich die erste Rednerin in dieser Debatte.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Letzten werden die Ersten sein, heißt es!)

A

(Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD]: Aber Hauptsache, das Kind ist gesund! – Dr. Kirsten

Tackmann [DIE LINKE]: Und es gibt Totgeburten!) (C)

Der Abschluss des Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes im Rahmen der GAP, der Gemeinsamen Agrarpolitik, gehört für mich in die Kategorie „Schwergelburt plus zwei Nachgeburten“.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Aber wir haben es geschafft. Deshalb herzlichen Dank an alle Geburtshelfer. Dazu gehört unser Minister im Hintergrund. Dazu gehören alle Kolleginnen und Kollegen der Arbeitsgruppe Agrar, eingeschlossen Franz Josef Jung als unser Vizefraktionsvorsitzender. Dazu gehören natürlich auch, lieber Wilhelm, die Kolleginnen und Kollegen der SPD. Liebe Frau Vogt, jetzt sind wir wieder gut.

(Willi Brase [SPD]: Überlegen Sie sich gut, was Sie sagen!)

Wir Koalitionäre sind uns einig, dass es anstehende Gesetze leichter haben sollen. Warum? Es ging und geht um nichts anderes als das Greening. Dabei war uns allen von Anfang an klar: Grünland muss Grünland bleiben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Über die Details reden diejenigen, die mehr Redezeit haben als ich.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Noch mehr? Ihr habt schon so viel!)

Tatsache ist erstens: Wir wollten, dass es in den sogenannten umweltsensiblen Gebieten, sprich FFH-Gebieten, Fauna-Flora-Habitat-Gebieten, keinen Grünlandumbbruch geben darf, und den wird es auch nicht geben, das heißt: null Prozent. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aha!)

Außerhalb der FFH-Gebiete darf Grasland nur dann umgebrochen werden, so haben wir beschlossen, wenn gleichzeitig ein Hektar an der gleichen Stelle oder anderswo durch einen anderen Hektar ersetzt, sprich: angesät wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb noch einmal: Unter dem Strich muss und wird die Grünlandfläche immer gleich groß bleiben.

Zweitens: ökologische Vorrangflächen. Ich freue mich sehr über den Kompromiss, den wir auch hier erzielt haben. Warum? Weil wir wollten, dass das Greening nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis funktioniert.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Was spricht gegen die Verwendung von Wirtschaftsdünger bei Zwischenfrüchten? Nichts. Was spricht gegen die Düngung von Eiweißpflanzen und einen Pflanzenschutz nach guter fachlicher Praxis? Nichts.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Nichts“? Was? – Friedrich Ostendorff

Marlene Mortler

- (A) [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schon mal was von Naturschutz gehört?)

Denn wenn der Bauer sät, dann will er nicht nur ernten; er weiß auch, dass Eiweißpflanzen Stickstoff binden, dass sie die einheimische Eiweißversorgung verbessern, dass sie zusätzlich Bienenweiden bilden. Wir werden also mit der Annahme des heute vorliegenden Gesetzentwurfes.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mit diesem Gesetz, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden außerdem kleinere Betriebe und Junglandwirte besser gefördert; auch das muss man im Gesamtzusammenhang sehen. Wir verstehen Umweltschutz in und mit diesem Gesetz nicht als Gegensatz, sondern als festen Bestandteil einer zukunftsfähigen Landwirtschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das heißt, wir erreichen Umweltschutz und Biodiversität im gelebten landwirtschaftlichen Alltag.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Oh! Ganz pathetisch!)

In diesem Sinne freue ich mich über unseren gemeinsamen Abschluss.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Da lachen Sie doch selber!)

- (B) Es können neue Taten folgen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Abschließend ein herzliches Dankeschön. – Ich weiß nicht, ob es an Ihnen liegt, sehr geehrte Frau Präsidentin, aber ich bin schon wieder vor Ende meiner Redezeit fertig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Ja, aber so viel früher nicht. Nächstes Mal kriegen Sie dann 11 Sekunden mehr Redezeit. Vielen Dank, Frau Mortler.

Nächste Rednerin in der Debatte ist Dr. Kirsten Tackmann für die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf den Tribünen! Bis 2020 werden EU-Gelder in Höhe von 5 Milliarden Euro unseren Agrarbetrieben zur Verfügung gestellt. Das ist sehr viel Geld. Der Entscheidungsrahmen ist bereits in Brüssel festgelegt worden. Am Anfang dieser Debatten schien es tatsächlich so, als ob ein Paradigmenwechsel gelänge, nämlich eine Förderung nach dem Prinzip: öffentliches Geld für öffentliche Leistungen.

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Aber so ist es doch auch!)

Aber letzten Endes ist es sozusagen im Rohr kriecht.

- Es war erstens gewollt, dass über die Förderung soziale Ziele erreicht werden, (C)

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Wir machen Agrarpolitik und nicht Sozialpolitik!)

nämlich Beschäftigungsförderung, gute Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen. Zweitens sollte eine naturverträglichere Flächenbewirtschaftung erreicht werden. Am Ende steht nun ein weicher Kompromiss, der zwar in die richtige Richtung geht, aber nicht weit genug.

Heute geht es um die Gestaltungsspielräume, die Brüssel Deutschland gelassen hat. Leider hat sich die Koalition die vielen guten Ansätze aus Brüssel entweder nicht zunutze gemacht oder sogar ihre Umsetzung vereitelt. Ich will das anhand von drei Punkten konkret nachweisen:

Nach den EU-Vorgaben können die Mitgliedstaaten Betriebe mit vielen Beschäftigten unterstützen; das war eine zentrale Forderung der Linken. Es geht dabei nicht um ein Rundum-sorglos-Paket für ineffiziente Betriebe, sondern darum, dass zum Beispiel Betriebe mit Tierhaltung

den; denn auch das trägt zur Tiergesundheit bei.

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Für uns selbstverständlich!)

- Mehr Personal ist zwar schlecht für die Betriebskosten, aber gut für die ländlichen Räume und für die Finanzen in Bund, Ländern und Kommunen. Wir alle wollen doch keine Betriebe, deren Geschäftsführer einmal in der Woche vorbeischauf, um zu prüfen, ob der Lohn (D)

lig nachvollziehbar. Aber gerade deshalb wäre die Berücksichtigung der Personalkosten bei den Fördermitteln so wichtig gewesen. Das hätte großen Agrargesellschaften mit wenigen und schlecht bezahlten Beschäftigten zwar sehr weh getan, aber Genossenschaften mit vielen Beschäftigten und Tierhaltung zumindest nicht geschadet. Stattdessen werden jetzt die ersten 46 Hektar höher gefördert.

Ich gönne den kleinen Betrieben jede Unterstützung, keine Frage, aber Studien zeigen, dass dieses Geld eher eine Sterbehilfe ist; denn die Probleme der kleinen Betriebe werden dadurch nicht gelöst. Dafür werden aber 9 Prozent der Fördermittel von Ostdeutschland nach Südwestdeutschland umverteilt. Das finde ich falsch, und das nehme ich als Brandenburgerin auch persönlich.

(Beifall bei der LINKEN – W [SPD]:
Oh!)

Zweites Beispiel für Fehlentscheidungen: Weidetierhalter, insbesondere von Schafen und Ziegen, bekommen am Markt schon lange keine kostendeckenden Preise mehr. Immer mehr Betriebe müssen deshalb aufgeben, obwohl doch gerade sie dem Bild, das die Menschen von guter Landwirtschaft haben, am besten entsprechen. Außerdem sind Schafe und Ziegen die besten Grünlandnutzer, die besten Landschaftspfleger und

Dr. Kirsten Tackmann

- (A) die besten Deichbefestiger; wir brauchen sie also. Aber dafür, damit sie weiterexistieren können, brauchen die Schäferereien auch ihre Mutterschaftprämie zurück. Ja, das wäre eine Abweichung vom Prinzip der Flächenförderer

fertigt. Wir sollten das unbedingt so regeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittes Beispiel für Fehlentscheidungen: Ich habe nie verstanden, warum ökologische Vorrangflächen nicht als Chance verstanden wurden.

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Wir haben diese Chance genutzt! Ein Blick in das Gesetz genügt!)

Auf diesen 5 Prozent der Betriebsfläche kann man viel Gutes tun, was auch die Akzeptanz in der Gesellschaft erhöht: zum Beispiel Hecken anlegen oder Pufferstreifen an Wäldern, Feldern und Gewässern wild-, bienen- u

(Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Das geht alles! Steht alles im Gesetz!)

Natürlich soll das Erntegut auch als Tierfutter oder für Biogasanlagen genutzt werden können. Aber die Konservativen haben das erst ganz blockiert und dann die Regelungen so aufgeweicht, dass ein ökologischer Vorrang mehr als fraglich erscheint.

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Das sollten Sie einmal nachlesen!)

- (B) Mein Fazit ist deshalb: ein paar Schritte in die richtige Richtung, aber viele vergebene Chancen. Deshalb ist Enthaltung der Linken bei der Abstimmung eigentlich schon zu viel des Lobes.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Willi Brase [SPD]: Oh! Da geht es ja nur um 5 Milliarden Euro! Ihr seid inkonsequent!)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Frau Kollegin Tackmann. – Nächster Redner in der Debatte ist für die SPD Dr. Wilhelm Priesmeier.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Wilhelm Priesmeier (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Mortler, ich als Tierarzt weiß mit schweren Geburten umzugehen. Insofern stelle ich fest: Das, was da „geboren“ worden ist, ist gesund, kräftig und lebensfähig. Dar

ll bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich erinnere auch daran, dass wir Sozialdemokraten am 11. Juni letzten Jahres einen Antrag mit dem Titel „Grünland effektiv schützen“ eingebracht haben. Gefordert haben wir darin, „ein striktes nationales Grün-

landumbruchverbot als Greening-Anforderung durchzusetzen“. Ich betone in diesem Zusammenhang: Sozialdemokraten reden nicht nur und bringen schlaue Anträge ein, sondern sie liefern auch, und das ist uns gelungen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU] – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Mit dem „Liefern“ würde ich vorsichtig sein! Biomasse ist ein ganz schwieriger Punkt! – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

W

- und Umweltschutz geleistet.

Auf die Rolle, die Grünland spielt, und seine Wichtigkeit braucht man nicht in allen Einzelheiten einzugehen. Wir wissen ja um die CO₂-Bindung in solchen Flächen.

W

sen auch um die Bedeutung von Grünland als Produktionsfaktor für die Milchviehhaltung. Aus diesem Grunde muss man bestimmten Regionen wie etwa solchen, in denen Vogelschutzgebiete etabliert sind und die dadurch ein Problem mit der Milchviehhaltung bekommen hätten, kleinere Zugeständnisse machen und dafür sorgen, dass das Grünland auch in Zukunft dort als Futtergrundlage für die dort ansässigen Betriebe seine Funktion erfüllen kann. Das haben wir gewährleistet.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich verweise darauf, dass dort in Zukunft jeglicher Umbruch bzw. jegliche Umwandlung ausgeschlossen ist.

Wenn aus betrieblichen Gründen an anderen Stellen die eine oder andere Fläche umgelegt wird, dann erfolgt ein entsprechender Ausgleich dafür. Ich erinnere aber auch an die absolut geschützten Grünlandbereiche. 700 000 Hektar in den FFH-Gebieten, den Fauna-Flora-Habitat-Gebieten – dabei handelt es sich um ganz besonders schützenswerte Pflanzengesellschaften auf diesen Grünlandflächen –, werden richtigerweise vollständig unter Umbruchverbot gestellt. Wir folgen da den Vorgaben der EU. Das ist nach meiner Einschätzung eine auch für die Zukunft taugliche Kulisse.

Man muss aber auch berücksichtigen, dass wir in den letzten 20 Jahren 650 000 Hektar Grünland verloren haben.

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Das liegt aber nicht an der Landwirtschaft!)

Zum Vergleich: Das entspricht fast der landwirtschaftlichen Nutzfläche von Rheinland-Pfalz. Diese Fläche ist in irgendeiner Form verloren gegangen.

(Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Straßen, Häuser! – Marlene Mortler [CDU/CSU]: Stromleitungen!)

Das ist unbestritten so. Dieser Verlust kam schleichend, nicht über Nacht. Insofern verdeutlicht dieses Geschehen den Handlungsdruck, der hier gegeben war.

(Beifall des Abg. Willi Brase [SPD])

Dr. Wilhelm Priesmeier

- (A) Ich glaube, dass wir in diesem Zusammenhang zumindest einen weiteren Schritt in die richtige Richtung unternommen haben. Ich fordere schon seit vielen Jahren Maßnahmen nach dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Güter“. Insofern habe ich das Copyright auf diese Formulierung. Ich stelle es Ihnen aber gerne zur Verfügung.

(Beifall des Abg. Willi Brase [SPD] – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr schön! Was hast du umgesetzt? – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das haben hier viele schon gesagt!)

Jährlich schichten wir nun 4,5 Prozent der Direktzahlungen aus der ersten in die zweite Säule um. Auch das ist wichtig. Das war ein Kompromiss, um den auf der Sonderkonferenz der Agrarminister im November hart ger

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der sah aber anders aus, der Kompromiss! Du weißt doch, dass da noch mehr drin gewesen ist! Er war ein bisschen umfangreicher!)

– Wenn da noch ein bisschen mehr drin gewesen wäre, hätte ich mich gefreut. Manchmal ist der Spatz in der Hand aber besser als die dicke, fette Taube bei Friedrich Ostendorff auf dem Dach.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Auch für ihn ist es schwierig, sie einzufangen. Das dauert zumindest. Insofern habe ich das erst einmal so angenommen. Wir müssen ja sehen, dass dieses Gesetzeswerk für die Überprüfung eine Frist bis etwa 2017 vorsieht. Wir wissen ja alle, dass auf der europäischen Ebene fast immer Folgendes gilt: Nach der Reform kommt erst einmal die Halbzeitbetrachtung und dann wieder eine neue Reform. – Ich bin deshalb hoffnungsfroh, dass wir mittels der gebotenen Maßnahmen 2017 das eine oder andere korrigieren können.

Es ist aber, wie ich glaube, schon wichtig, dass etwa 230 Millionen Euro jährlich, also insgesamt über 1,1 Milliarden Euro, die in die zweite Säule verbracht werden, für die Betriebe zur Verfügung stehen, die in besonderer Weise richtungsweisend sind, sich also etwa an Tierschutzstandards oder ökologischen Standards orientieren bzw. für bestimmte Strukturen, die wir fördern wollen, von besonderer Wichtigkeit sind. Die Umschicht

– hoffentlich – keine allzu lange Zukunft mehr beschieden. Ich glaube, dieses System ist mehr als nur reformbedürftig. Denn die Zielsetzung dieses Systems müssen wir im Verhältnis zu den eingesetzten finanziellen Ressourcen sehen; alle europäischen Steuerzahler, die deutschen im Besonderen,

müssen natürlich die Grundlage für die Transferleistungen, die aus den Brüsseler Kassen wieder zurückkommen, zunächst in Form von Steuerzahlungen aufbringen. Da muss man natürlich auch nach Nachhaltigkeit fragen; da muss man sich ernsthaft fragen, ob Anspruch und Wirklichkeit deckungsgleich sind. Ich glaube, das ist nicht so.

(Beifall des Abg. Willi Brase [SPD] – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein bisschen widersprüchlich!)

W -
chen. Wir müssen uns darüber Gedanken machen, wie wir mit den Strukturen im ländlichen Raum umgehen wollen. Das Fazit kann nur lauten: Wenn wir in Europa und vor allen Dingen in Deutschland mittlerweile eine sehr wettbewerbsfähige Landwirtschaft haben, dann muss man nicht große, wettbewerbsfähige und ertragsstarke Betriebe unter dem Gesichtspunkt der Einkommensstützung mit erheblichen Prämien zusätzlich fördern. Das gilt – das ist meine Einschätzung – vor allen Dingen für bestimmte Ackerbaustandorte. Vielmehr muss man schauen: Welche Strukturen will ich, und was ist vor Ort angemessen? Ein Betrieb in Bayern ist anders strukturiert als woanders, und bei Grenzertragsstandorten in bestimmten Regionen werden wir auf Unterstützung nicht verzichten können.

Im Grundsatz muss aber diese Gießkannenpolitik, wie wir sie aus den letzten Jahrzehnten kennen, ein Ende haben. Dafür wollen wir und will ich als Sozialdemokrat eintreten. Das wird auch die Option für die nächsten vier Jahre sein. Ich werde immer wieder einmal den Finger in die Wunde legen, damit wir die Orientierung nicht verlieren. Das Ziel werden wir in dieser Koalition nicht erreichen können, aber ich glaube, nach dieser Koalition kommt mit Sicherheit eine andere Koalition, und vielleicht sind dort bessere Chancen für die Erreichung dieses Zieles gegeben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Gitta Connemann [CDU/CSU]: Wilhelm!)

In dem Sinne: Vielen Dank für das Zuhören und noch einmal vielen Dank für die Kooperationsbereitschaft. Vor allen Dingen danke ich dem Kollegen Holzenkamp. Manche Sachen waren nicht immer ganz einfach, aber ich glaube, das bekommen wir alles wieder auf die Reihe.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Herr Kollege. – Nächster Redner Friedrich Ostendorff für Bündnis 90/Die Grünen.

Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit welcher gesellschaftlichen Legitimation kann die Politik in Zukunft weiterhin jährlich rund 5 Milliarden Euro an die deutsche Landwirtschaft ausschütten? Unter dieser

Friedrich Ostendorff

- (A) Überschrift haben wir seit 2009 über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik diskutiert. Die Antwort war eindeutig: öffentliches Geld nur noch für öffentliche Leistungen.

300 Euro pauschal pro Hektar, das heißt: Wer schon viel hat, dem wird noch mehr gegeben, und zwar ohne Gegenleistung. Das kann es nicht mehr sein!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stattdessen muss den Zahlungen ein Mehrwert an Ökologie, Verbraucher- und Tierschutz gegenüberstehen. Diese Forderung der Zivilgesellschaft ist in keiner Weise unanständig, sondern eine schlichte Selbstverständlichkeit. EU-Agrarkommissar Ciolos hat daraus einen Reformansatz entwickelt, den wir Grüne weithin teilen: das sogenannte Greening. Agrarstaatssekretär Bleser hat noch am Montag überheblich das Greening als den Geburtsfehler der Reform bezeichnet. Das Greening, meine Damen und Herren, ist doch kein Geburtsfehler der Reform, sondern ein kluges Angebot der Gesellschaft an die Landwirtschaft gewesen, die 5 Milliarden Euro im Jahr für die Zukunft festzuschreiben.

Der Bauernverband und seine Truppen in den Parlamenten haben das Greening von Anfang an so bekämpft, verwässert und durchlöchert, bis feststand, dass die 5 Milliarden Euro weiter als bedingungslose Subvention gezahlt werden.

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Schämen Sie sich für solche Aussagen!)

- (B) Das Ergebnis liegt uns heute vor. CDU/CSU und SPD schlagen als Flächennutzung im Umweltinteresse allen Ernstes vor: Der Landwirt baut Mais mit Untersaat an, düngt diese Untersaat, die sogenannte ökologische Vorrangfläche – Frau Mortler hat es uns gerade vorgetragen – nach der Maisernte mit Gülle, spritzt die Untersaat im Frühjahr mit dem Totalherbizid Roundup tot

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das soll Ökologie sein?)

und baut dann wieder Mais an. Dafür soll der Landwirt weiterhin 300 Euro pro Hektar von der Gesellschaft bekommen! Was glauben Sie denn, wie lange das noch gutgeht?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für wie dumm, meine Damen und Herren von der Großen Koalition, halten Sie denn die Bürgerinnen und Bürger? Warum sollte die Gesellschaft bereit sein, dafür Steuergelder zu zahlen? Das erklären Sie uns bitte heute ausdrücklich.

All das wird auch noch von der SPD mitgetragen, einer SPD, die noch 2010 die Neuqualifikation aller Agrarzahlen besonders durch Wilhelm Priesmeier immer wieder gefordert hat. Nichts davon, Wilhelm Priesmeier, habt ihr umgesetzt! Nichts, liebe Sozialdemokraten!

(Dr. André Hahn [DIE LINKE]: So sind die!)

Jetzt vergießt ihr Sozialdemokraten Krokodilstränen, als wärt ihr gar nicht Teil der Großen Koalition, als wärt ihr

gar nicht dabei gewesen, als hättet ihr dieses Gesetz nicht mit verhandelt. Das ist die Botschaft, die wir heute wieder empfangen haben. (C)

Dieser Gesetzentwurf ist so schlecht, dass ihn sogar der Deutsche Jagdverband, dem ja niemand unterstellen würde, der grünen Politik sehr nahe zu stehen, scharf ablehnt. Scheinbar einzig der Intervention vernunftbegabter SPD-Umweltminister ist es zu verdanken, dass nicht auch noch der Grünlandschutz geopfert wurde und 2014 zum Jahr des Grünlandumbruchs würde.

(Widerspruch der Abg. Marlene Mortler [CDU/CSU])

Dieser positive Aspekt kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, liebe Freundinnen und Freunde, dass dieser Gesetzentwurf nur ein Ziel verfolgt: Er soll verhindern, dass auch nur ein einziger Acker in Deutschland pestizidfrei wird. Das ist Ihnen vollumfänglich gelungen, meine Damen und Herren. Die großen Ackerbaubetriebe im Osten und die Pestizidindustrie werden es Ihnen danken. Verlierer sind nicht nur die Biodiversität – welch Pikanterie: ausgerechnet heute, am Internationalen Tag der biologischen Vielfalt, beschließen wir das –, sondern auch die vielen bäuerlichen Betriebe, insbesondere die Betriebe in Bayern.

Meine Damen und Herren, Sie haben eine historische Chance für die Gemeinsame Agrarpolitik vertan. Es gab wie noch bei keiner Reform – ich glaube, dass ich das nach Jahrzehnten in der Szene gut beurteilen kann – die Bereitschaft der Gesellschaft, eine reformierte Gemeinsame Agrarpolitik nach dem Prinzip „Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen“ mitzutragen. Die Öffentlichkeit hatte ihre Hand ausgestreckt – Sie haben diese Hand ausgeschlagen. Ich weiß nicht, ob es diese Bereitschaft 2020 wieder geben wird. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Herr Kollege Ostendorff. – Der letzte Redner in dieser Debatte: Franz-Josef Holzenkamp für die CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Franz-Josef Holzenkamp (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir verabschieden heute das Direktzahlungen-Durchführungsgesetz und schaffen endlich Verlässlichkeit und Planungssicherheit für die Bauern, und zwar von jetzt bis 2020.

Wir haben ein gutes Ergebnis erzielt, und zwar für die Landwirtschaft, aber, meine Damen und Herren von den Grünen, auch für den Naturschutz. Wir machen es uns nicht so einfach, in Form von rückwärtsgewandter Politik wieder auf Flächenstilllegungen zu verfallen.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer spricht denn von Flächenstilllegungen, Herr Kollege? Niemand!)

Franz-Josef Holzenkamp

- (A) ökologischen Vorrangflächen und könnten sie für Leguminosen nutzen; aber wenn dort zur Ernte ein Mähdröschler durchfahren soll, dann brauchen wir etwas Pflanzenschutz. Ansonsten funktioniert das nicht; sonst käme nur noch ein Häcksler da durch, und das kann ja wohl keine Lösung sein. Deshalb entspricht dieses Vorgehen auch unserer Eiweißpflanzenstrategie, und es bringt uns ökologisch einen großen Schritt weiter.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen der Linken, ich bin sehr angetan, dass Sie sich enthalten. Damit hätte ich gar nicht gerechnet.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben eben einfach einen guten Gesetzentwurf vorgelegt, bei dem man sich zumindest enthalten kann, aber eigentlich zustimmen muss. Wir haben bei diesem Gesetzentwurf nur Gewinner: den Naturschutz und die Bauern.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Den Naturschutz ganz bestimmt nicht! Schützen durch Spritzen!)

Ich bedanke mich bei allen, die geholfen haben, und werbe um Ihre Zustimmung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

(B) Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Herr Kollege.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Durchführung der Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1493, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksachen 18/908 und 18/1418 in der Ausschussfassung anzunehmen.

Hierzu liegen drei Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, über die wir jetzt zuerst abstimmen.

Änderungsantrag auf Drucksache 18/1502. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist bei Zustimmung von Bündnis 90/Die Grünen, Ablehnung von CDU/CSU und SPD und Enthaltung der Linkspartei abgelehnt.

Änderungsantrag auf Drucksache 18/1503. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt. Zugestimmt haben Bündnis 90/Die Grünen und die Linke, abgelehnt haben CDU/CSU und SPD.

Änderungsantrag auf Drucksache 18/1504. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Wer stimmt dage-

gen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist bei Zustimmung von Bündnis 90/Die Grünen, Ablehnung von CDU/CSU und SPD und Enthaltung der Linkspartei abgelehnt. (C)

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Fraktion!)

Ich bitte nun diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung angenommen. Zugestimmt haben CDU/CSU und SPD, abgelehnt hat Bündnis 90/Die Grünen, und enthalten hat sich die Linkspartei.

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist angenommen mit den Stimmen von CDU/CSU- und SPD-Fraktion, Ablehnung von Bündnis 90/Die Grünen, Enthaltung der Linkspartei.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Entschließungsanträge. Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/1499. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Zugestimmt haben die Fraktion Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, abgelehnt haben CDU/CSU und SPD. Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 18/1505. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist abgelehnt. Zustimmung von Bündnis 90/Die Grünen, Ablehnung von CDU/CSU, SPD und der Linken. (D)

Jetzt mache ich eine Ankündigung für die Kolleginnen und Kollegen und die Gäste hier im Hohen Hause darüber, was wir heute noch debattieren. Debattiert werden jetzt noch der Zusatzpunkt 7 – darin geht es um die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses – u

Normen. Die anderen Punkte werden zu Protokoll gegeben bzw. sind abgesetzt worden. Ich glaube, das wurde nicht allen vermittelt.

Ich rufe den Zusatzpunkt 7 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Irene Mihalic, Dr. Konstantin von Notz, Luise Amtsberg, Volker Beck (Köln), Frank Tempel, Jan Korte, Ulla Jelpke, Martina Renner und weiterer Abgeordneter

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses**Drucksache 18/1475**

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 25 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.